Die Deutschnationalen rühren sich

Berlin, 25. Januar. (Telunion.) Die Deutschnationale Volkspartei veröffentlicht ein umfangreiches Wirtschaftsprogramm, dem wir folgendes entnehmen: „Die Grundlagen des Dawesplanes haben sich als haltlos erwiesen. Wirtschaft und Lebenshaltung in Deutschland sind in immer stärkerem Maße zurückgegangen. Ein furchtbares Kennzeichen hierfür ist die Arbeitslosigkeit. Die Lasten des Reiches haben sich in einem einzigen Jahre infolge des Dawesplanes um über 1909 Millionen erhöht. Wir fordern die Reichsregierung auf, entscheidende handelspolitische Maßnahmen zu treffen, um die deutsche Arbeit und die deutsche Produktion vor dem völligen Erliegen zu schützen. Aufgabe der Reichsbank wäre es gewesen, der großen Kapitalarmut der heimischen Produktion durch angemessene Wirtschaftskredite zu erträglichem Zinsfuß zu helfen. Währung und Reichsbankpolitik müssen von ausländischem Einfluß befreit und wieder organische Bestandteile der deutschen Wirtschaft werden. Die Lebenshaltung der deutschen Verbraucherschaft in den nächsten Jahren wird davon abhängen, daß die Preise der Agrarprodukte in ein gesundes Verhältnis zu den Preisen der Produktionsmittel kommen. Ein Grundproblem ist die Lösung der Kreditfrage. Die produktionshemmende Last der schwebenden Wechselschulden muß durch schnelle Umwandlung in langfristige Kredite zu mäßigem Zinsfuß tragbar gemacht werden. Auf die Dauer kann die Kreditnot nur aus eigener Kraft durch Zusammenwirken von Wirtschaft und Staat behoben werden. Als ein Hauptzweck aller öffentlichen Verwaltungen muß die Produktionsförderung erkannt werden. Wir fordern **Beschränkung des öffentlichen Aufwandes**. Den Anfang hierzu erblicken wir in einer erheblichen Vereinfachung **der Steuern und der Steuerverwaltung**. Die öffentlichen Betriebsunternehmungen müssen wieder zu Instrumenten der deutschen Wirtschaft werden. Die überspannte Ausgabenwirtschaft hat ihren Grund in den Ansprüchen des parlamentarischen Systems. Wir verlangen die Erhaltung **eines unabhängigen Berufsbeamtentums**. Eingreifende **Verfassungsänderungen** werden in Reich und Ländern nicht zu umgehen sein. Eine grundsätzlich durchgeführte Sparsamkeit erfordert auch eine Beschränkung der Zahl der Abgeordneten in den vielen Parlamenten. Die Sozialfürsorge und die Sozialpolitik müssen **unter Berücksichtigung der Leistungsfähigkeit unserer Wirtschaft fortgesetzt werden.**

*

Nachdem schon die Schwerindustriellen ein Programm gebracht, kommen jetzt die Agrarier nach. Im Ton sind die alten Bezirger und Bauernfänger geschickter. Im Grunde aber wollen sie eine weitere Einschränkung für die sozialen Ausgaben und Mehrarbeit für die Arbeiter. Was heißt das: „Beschränkung des öffentlichen Aufwandes", Sozialpolitik unter „Berücksichtigung der Leistungsfähigkeit"? — Das heißt ganz nüchtern: Da nicht viel Geld da ist, die Kapitalisten nichts zahlen wollen, sollen die Sozialausgaben eingeschränkt werden. Der Ruf nach dem Berufsbeamten ist der Ruf nach der Erhaltung eines reaktionären Beamtenkörpers. Agrarische und kapitalistische Reaktion hat ihr Programm unterbreitet — die Einheitsfront der Arbeiter muß die Antwort erteilen.

Geßler droht mit Diktatur

Auf der am Sonntag in Berlin stattgefundenen Tagung des Parteiausschusses der Demokratischen Partei erschien außer den anderen demokratischen Regierungsmitgliedern mitten in der Diskussion plötzlich auch Reichswehrminister Geßler, um die gegen ihn erhobenen schweren Anschuldigungen zu beantworten. Er schimpfte auf die demokratische Presse, die ihn nicht genügend decke und der er vorwarf, das „Geschwätz von der Diktatur" aufgegriffen zu haben.

Wenn es notwendig sei und die „Rettung des Vaterlandes" es erfordere, werde er die Diktatur einführen.

Weiter führte er aus, daß er vom Zentrumsminister Braun dazu veranlaßt worden sei, in der Regierung zu verbleiben. Ueber das Auftreten Canaris gab er ziemlich gewundene Erklärungen ab, kündigte jedoch an, daß Canaris nicht mehr vor dem Ausschuß erscheinen werde, weil er sein Verhalten „mißbillige".

Auf der Tagung kamen Stimmungen der demokratischen Parteimitgliedschaft zum Ausdruck, die das offene Paktieren der Demokraten mit den Monarchisten mißbilligen. Diesen Stimmungen wurde in einer Resolution Rechnung getragen, die dem Reichskanzler vorwirft, gegenüber den bayerischen Separatisten eine allzu große Nachgiebigkeit an den Tag gelegt zu haben. Im übrigen billigte der Parteiausschuß die Regierungsbeteiligung und sprach sein Bedauern darüber aus, daß die SPD. durch den Druck der Arbeiter gehindert wurde, in die Große Koalition einzutreten.

Deutschland fährt zur Abrüstungskonferenz

Berlin, 25. Januar. (Telunion.) Nach Bildung des neuen Reichskabinetts hat der Reichsminister des Auswärtigen dem Generalsekretär des Völkerbundes durch Schreiben vom 22. Jan. mitgeteilt, daß die Reichsregierung der Einladung zu der Tagung des vorbereitenden Ausschusses für die Abrüstungskonferenz in Genf Folge leisten wird und die Benennung der deutschen Delegierten für diese Tagung sich vorbehält. Nach einer Meldung aus Genf ist die Antwort der Reichsregierung auf die Einladung zur Abrüstungskonferenz heute beim Generalsekretär des Völkerbundes eingetroffen.

*

Der Wert dieser Konferenz ist daraus ersichtlich, daß man durch die ununterbrochene Brüskierung Rußland von der Teilnahme fernhält. Damit zeigt sich die „Abrüstungs"konferenz als eine Zusammenkunft der Kriegsrüstung gegen Rußland.

Die Erwerbslosenlawine wächst

Mannheim, 26. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Die Zahl der Erwerbslosen ist in der letzten Woche um 9000 gestiegen, so daß die Gesamtzahl 89 000 beträgt.

Die Abzüge für die Erwerbslosenfürsorge werden erhöht

Amtlich wird mitgeteilt: Der Verwaltungsrat des Reichsamtes für Arbeitsvermittlung hat den einheitlichen Beitrag mit Wirkung vom 1. Februar bis auf weiteres auf 3 Prozent des Grundlohnes festgesetzt. Hiervon ist 1 Prozent des Grundlohnes als Reichsanteil an die beim Reichsamt für Arbeitsvermittlung neubildete Reichsausgleichskasse abzuführen. Der Rest verbleibt den örtlichen oder bezirklichen Stellen, soweit er dort gebraucht wird. Der Reichsrat hat diesen Festsetzungen zugestimmt.

Die Abzüge, die den Arbeitern gemacht werden, werden gesteigert, die Erwerbslosen erhalten weiter Zehnpfennige.

Reichswehrministerium und Große Koalition auf der Anklagebank

Der Untersuchungsausschuß über die Ereignisse in der Marine im Jahre 1917 und 1918 hat in diesen Tagen die bodenlose Niederträchtigkeit, die schamlose Rechtsjustiz und Rechtsjuristerei jener der kaiserlichen Zeit gebührend beleuchtet. Dem Skandal der Monarchie gleichwertig ist aber der Skandal der Republik bei der Besprechung des sozialdemokratischen Antrages auf Einsetzung einer Untersuchungskommission über die Femeorganisationen und Fememorde in der Sonnabend-Sitzung des Reichstages vor den leeren Reihen aufgedeckt wurde.

Als Vertreter der sozialdemokratischen Fraktion begründete der Abg. Saenger in ziemlich lahmer Weise den Antrag.

Für das Zentrum stimmt der Abgeordnete Neumann dem sozialdemokratischen Antrag zu.

Genosse Schneller erklärt, daß auch die kommunistische Fraktion dem Antrag zustimmt, wenngleich sie sich keine Illusionen macht, daß — gerade nach dem vorliegenden Material und nach dem bisherigen Verhalten der Regierungen — eine restlose Klärung durch den Parlament erreicht werden könne. Es handelt sich vor allem darum, daß die breiten Massen erkennen, in welchen Rechtszuständen wir in der Republik der Weimarer Verfassung leben, und wie dem Treiben von Regierung, Parteien und geheimen Organisationen ein Ende gemacht werden kann. Der Ausschuß hat vor allem folgende sechs Punkte festzustellen:

Den Tatbestand der Fememorde überhaupt, die Organisationen, die den Mordauftrag gegeben haben, die Verbindung dieser Organisationen mit den Parteien und Verbänden der Bourgeoisie, die Verbindung der Femeorganisationen mit den Behörden, der Regierung und der Reichswehr, das Verhalten der Polizei bei der Verfolgung der Mörder und schließlich die Art der Durchführung der Prozesse vor den Gerichten. Die politische Konsequenz aus diesen sechs Hauptpunkten wird allerdings nicht im Reichstag, sondern von den Volksmassen gezogen werden, die den an ihnen verübten Betrug erkennen und das nachzuholen beginnen, was 1918 versäumt wurde.

In Ausführung der Darstellung, an Hand umfangreichen Materials, gibt Genosse Schneller dann eine Darstellung der einzelnen Femeprozesse. Er weist nach, daß die Femeorganisationen in den einzelnen Teilen Deutschlands nicht isoliert gearbeitet haben, daß die beiden Hauptorganisationen, nämlich die bei der schwarzen Reichswehr und bei den politischen Verbänden, durch Verbindungsleute in enger Beziehung miteinander standen. **Besonders wichtig ist das Material, das er über die Beziehungen des „Stahlhelm" zu den Mordorganisationen beibrachte.**

Größtmögliche Unterstützung wurde den Mordorganisationen von den Angehörigen des Landbundes in Mecklenburg gewährt. Aber auch der Heimatbund in Ostpreußen hat sie finanziell unterstützt, ebenso wie Unternehmerverbände größere Geldmittel für die Flucht der Fememörder zur Verfügung gestellt haben.

Alle diese Organisationen, und das ist der wichtigste Punkt, auf den sich die Untersuchung zu erstrecken hat, haben die Gewißheit gehabt, daß von seiten der Behörden **alles getan wird, um die Bestrafung der Mörder zu verhindern**. Hier besteht die Mitschuld der Reichsregierung, insbesondere des Reichswehrministeriums, sowie der Heeresleitung unter General von Seeckt. Die Regierung hat durch Beschränkung der Rekrutierungsmaßnahmen auf den Kreis der nationalistischen Verbände eine Sicherung getroffen, sie ist auch z. B. gegen die sächsische Zeigner-Regierung mit den schärfsten Mitteln vorgegangen, als diese Enthüllungen versuchte. Erst 1925 hat Geßler die Existenz der schwarzen Reichswehr, den Zweck zur Niederschlagung der Arbeiter und zugleich das Einverständnis der Entente zugegeben.

Wenn heute gerade die SPD. einen Untersuchungsausschuß beantragt, so muß man sich fragen, was sie im Jahre 1923, als sie sowohl in der preußischen als auch in der Reichsregierung saß und unter allen Umständen von der Existenz und dem Charakter der schwarzen Reichswehrbande wissen mußte, getan hat. Gerade in der Zeit der Großen Koalition sind so die Mordmaßnahmen verübt worden, sind die Vorbereitungen zu den Putschen getroffen worden.

Man muß sich heute schon darüber klar sein, daß die Feststellungen sich vor allem auf das Verhalten der Behörden erstrecken haben. Diese haben sich die ungeheuerlichsten Rechtsbeugungen zuschulden kommen lassen. Die politische Polizei hat in einzelnen Fällen der Mordverschwörer Verdächtige mit Nachforschungen beauftragt, in dem Urteil des Schwurgerichts zu Leipzig heißt es, daß die Angeklagten allen Grund zur Annahme hatten, daß sie mitgeschehen, Regierungsstellen mit ihren Morddelikten einverstanden waren. Die Nachforschungen nach den Verbrechern wurden auch dadurch sabotiert, daß jeder Fall einzeln behandelt und nicht als der offenkundig auf der Hand liegende Zusammenhang beachtet wird. **Auch die Abteilung Ia in Berlin** hat mit den Nachforschungen gezögert, um noch einige Zeit hatten verantwortlich machen. Auch jetzt noch wird alles getan, um eine Ergreifung der Mörder zu verhindern, so wird die Steckbriefplakate nur in den größten Städten verteilt, damit sie auf die mecklenburgischen Gutshöfe Geflüchteten möglichst unbehelligt bleiben.

Um so dringender verlangen wir unverzüglich die Klärung über die Femeorganisationen, über die politischen Gruppen sind, die von Reichswehr und industriellen Verbänden bezahlt, hinterzogen auf die Arbeiter Mitteldeutschlands losgelassen wurden. Die Schandtaten in Sachsen und Thüringen sind noch ungesühnt. **Dafür sitzen heute noch Hunderte von ehrlichen revolutionären Arbeitern wegen der Vorgänge von 1923.**

In wenigen Tagen wird die Regierung der Femeprozesse wieder auftreten, die Regierung, in der ein Geßler sitzt und viel davon sprechen, daß wir in einem geordneten Rechtsstaat leben. Die Regierung wird vielleicht wieder ausdrücklich feststellen, daß die Verfassung nicht geändert werden soll.

Und in dieser Regierung sitzt derselbe Geßler, der im Bunde mit der schwarzen Reichswehr damals eine Denkschrift niedergelegt hatte, worin stand, es solle ein deutscher Einheitsblock unter der Militärdiktatur geschaffen werden, eine Denkschrift, die er zwar ableugnet, die wir aber bereit sind, auf den Tisch des Hauses niederzulegen, um zu beweisen, daß er mit der Reichswehr gemeinsame Sache gemacht hat. Nicht bloß mit den Femeorganisationen ist er verbunden; er ist auch verbunden mit den Kahrener Putschisten: 1923 genau so wie später, wo er sich verpflichtet hat, gegen die Königsmacher nicht aufzutreten. (Lebhafte anhaltende Rufe bei den Kommunisten.)

Die Tatsachen, die der Untersuchungsausschuß über den Zusammenbruch 1917 festgestellt hat, zeigen, mit welcher Gründlichkeit das kaiserliche Deutschland vorgegangen ist. Bei der Femeuntersuchung wird sich zeigen, welches korrupte System in der deutschen Republik herrscht. Die Beweise, die dort angeführt werden, werden wir benutzen, um die breiten Massen aufzurütteln, diesen ganzen faulen, morschen und stinkenden Staatsapparat zu säubern. Das Urteil wird nicht ein Untersuchungsausschuß fällen, nicht ein Gericht dieser Republik, nicht der Reichstag wie bisher.

Nach dem Genossen Schneller gibt Rosenberg eine dem Antrag zustimmende Erklärung der Demokraten ab.

Der Redner der deutschnationalen Freiheitspartei macht krampfhafte Versuche, die Angelegenheit [illegible] zu ziehen. Da er sich bei seinen Angriffen auf Sozialdemokraten und bei dem Versuch, die Tat Friedrich Adlers mit den Taten der Femeuchelmörder auf ein Niveau zu stellen, einige allerniederträchtigste Frechheiten erlaubt, kommt es bei seiner Rede mehrfach zu großem Tumult.

Schließlich wird der sozialdemokratische Antrag als angenommen erklärt, da er von mehr als einem Fünftel der Abgeordneten unterstützt erscheint. Die Zahl der Ausschußmitglieder wird mit Zifferr 21 festgesetzt.

Dann vertagt sich der Reichstag, um am Dienstag [illegible] Erklärung der neuen Regierung bereit zu sein.

Steuerabbau in Sicht?

Der neue Reichsfinanzminister Dr. Reinhold hat vor dem Verband der sächsischen Industriellen in Dresden eine bemerkenswerte Abschiedsrede gehalten. Reinhold war bisher sächsischer Finanzminister. Unter den neuen Männern der zweiten Luthertregierung sind zwei Vertreter gerade der sächsischen Bourgeoisie, Finanzminister Reinhold und der Innenminister Fritz, früher Bürgermeister in Dresden. Die zweite Luthertregierung unterscheidet sich von der ersten dadurch, daß in ihr die Fertigindustrie ein stärkeres Gewicht hat. So sind gerade die Interessen der sächsischen Fertigindustrie durch zwei sogenannte Demokraten im neuen Reichskabinett vertreten. Herr Reinhold übte in der erwähnten Rede an dem Steuergesetzen des letzten Sommers scharfe Kritik. Er versprach einen weitgehenden Steuerabbau. Das klingt sehr verlockend. Aber die Arbeiterschaft soll sich darum keine besonderen Hoffnungen machen. Herr Reinhold steht der alten Schlieben'schen Finanzreform ungefähr ebenso gegenüber, wie der Reichstagsabgeordnete Fischer von der Demokratischen Partei, der Hauptrufer im Streit gegen das Schlieben'sche System. Herr Fischer, vielfacher Aufsichtsrat und Hauptvorsitzender von Fertigindustrie und Handel, hat im letzten Sommer die Finanzgesetze der Regierung nicht etwa von links, sondern von rechts kritisiert. Ihm war die Steuerbelastung der Kapitalisten noch viel zu groß! Wenn Herr Reinhold sein Finanzprogramm verwirklicht, dann wird man die Steuern der besitzenden Klassen noch mehr herabsetzen. Man wird sich aber hüten, die werktätigen Massen ernstlich zu entlasten. Die Herren Reinhold und Fritz haben in der Regierung die Aufgabe, im Sinne der Fabrikantenverbände die Rationalisierung zu fördern. Dazu gehört auch die steuerliche Entlastung des Unternehmertums. Aber vor allem die noch schwerere Belastung des werktätigen Volkes.

Ein Schwindelunternehmen vor der Auflösung

Wie uns mitgeteilt wird, soll das „Volksnotopfer" aufgelöst werden. Die Unterschlagungen und die Benutzung der Gelder für die reaktionären Verbände sind zur Genüge bekannt. Die KPD. hatte die Auflösung gefordert.

Reichskonferenz des RFB.

Die für den 13. und 14. Februar angesetzte Reichskonferenz des RFB. wird aus politischen und organisatorischen Gründen auf den 20. und 21. März verlegt.

Nähere Anweisungen erhalten die Kameraden durch die Gauleitung.

Bundesleitung des RFB.

Amtsenthebung des Feldbischofs Jahrabek

Berlin, 28. Januar. Wie der „Lokalanzeiger" aus Budapest meldet, wurde der Feldbischof Jahrabek seines Amtes enthoben.

Rußlands Erfolg in der Mandschurei

Tschangsolin freigelassen

Aus Peking wird gemeldet, daß beim Sowjetbotschafter ein Telegramm des sowjetrussischen Generalkonsuls eingelaufen ist, in welchem mitgeteilt wird, daß Tschangsolin, der Generaldirektor und die Beamten der Ostchinesischen Bahn freigelassen hat.

Beruht die Meldung auf Tatsache, dann hat die Sowjetmacht im Osten einen neuen entscheidenden Sieg errungen.

Die Sowjetunion wird die Frechheiten Tschangsolins nicht dulden.

Moskau. Die „Prawda" vom Sonntag sagt in ihrem Leitartikel: „Eine beispiellose Frechheit der chinesischen und russischen Weißgardisten" folgendes zum Konflikt der Sowjetunion mit Tschangsolin: **„Die reaktionären chinesischen Generale irren sich, wenn sie sich einbilden, daß der Arbeiter- und Bauernstaat es dulden werde, daß Tschangsolin mit russischen Arbeitern ebenso grausam umgeht, wie er es mit chinesischen Proletariern tut. Diese Gewalttäter irren sich, wenn sie glauben, daß sie unseren Staat ebenso behandeln dürfen, wie das unterjochte China. Die Arbeiter und Bauern der Sowjetunion haben ihr Blut in der großen Revolution nicht vergossen, damit die weißgardistischen Schurken die Errungenschaften der russischen Revolution abwürgen. Die Sowjetunion wird die Gewaltaten Tschangsolins nicht weiter dulden."**

*

Zu der Niederlage Tschangsolins wird uns noch gemeldet: Nach einem Telegramm, das der russische Gesandte Karachan vom russischen Generalkonsul in Charbin erhielt, hat der General Tschangsolin sich dem russischen Ultimatum gefügt. Er hat gestern abend die Freilassung des russischen Direktors Iwanoff der Ostchinesischen Eisenbahn angeordnet, ebenso aller anderen verhafteten Sowjetbeamten und Mitglieder der Gewerkschaften. — Sowjetrußland hatte gegenüber der Provokation des weißen Generals durch das Ultimatum seine Stärke gezeigt. Nach Meldungen der „B. Z. am Mittag" wurden 10 000 Mann der roten Armee in der Umgegend von Charbin zusammengezogen. Die Drohungen des deutschen Außenministers Stresemann triumphieren schon über den „Mißerfolg Rußlands in Ostasien". Das Zurückweichen des Generals Tschangsolins vor Sowjetrußland zeigt die Macht und ist ein Erfolg Sowjetrußlands.